

Die Regierenden tun sich schwer mit dem Volk. Ist kein anderes erhältlich?

# Unter den Rädern eines weissen Lieferwagens

Von Markus Somm



Inzwischen sind es kleine Sünden, die eine politische Karriere beenden: Emily Thornberry, ein Mitglied des Schattenkabinetts der Labour Party in Grossbritannien, entdeckte ein Haus, vor welchem ein weisser Lieferwagen stand. Das Haus selbst war

drapiert mit drei England-Fahnen. Thornberry fand das «bemerkenswert», wie sie nachher beteuerte, sie habe noch nie ein Haus gesehen, «das vollständig von drei Fahnen bedeckt gewesen sei». Also machte sie ein Foto und versandte es per Twitter ihren Anhängern: image from #Rochester.

Bemerkenswert oder nicht – alle wussten, dass Thornberry nicht die ganze Wahrheit sagte: In England ist der White Van Man ein Begriff, der im deutschsprachigen Raum mehr oder weniger dem sogenannten Opel-Manta-Fahrer entspricht, womit man in England also Leute denunziert oder verspottet, die einfacher Herkunft sind, vielleicht etwas proletarisch angehaucht, und überdies raue Manieren und grobe Meinungen aufweisen: Sie tragen weisse Socken und kuriose Kleider, oft fahren sie den ganzen Tag als Selbstständige im Land herum und bieten ihre Dienste als Installateur oder Schlosser an, wofür sie einen Van, einen Lieferwagen, vorzugsweise weisser Farbe, benutzen, in dem sie sich nicht nur den ganzen Tag aufhalten wie andere Leute in ihrem Jacuzzi, nein, so wird unterstellt, der weisse Lieferwagen drückt alles aus, was ihnen heilig ist und uns, den zivilisierten urbanen Mittelklassen zuwider ist: Sie sind Bünzli, haben keinen Geschmack und natürlich pflegen diese Leute auch die passenden Ansichten dazu: Sie mögen Ausländer nicht, sie schimpfen über die Reichen, sie lieben England und deren Fahnen, weil sie Nationalisten sind, sie fahren gerne Auto und sie trinken zu viel Bier.

## Labours Kopfweh

Leider sind das auch Wähler – und aufgrund ihrer Herkunft wählten solche Leute in Grossbritannien jahrzehntlang Labour, während sie heute dazu neigen, die Ukip zu unterstützen, jene neue rechte Partei, die gerade im Begriff ist, das Land durcheinanderzubringen. Manches erinnert an die hiesige SVP. Am vergangenen Donnerstag gewann die United Kingdom Independence Party ihren zweiten Parlamentssitz, was als erneute Sensation gilt: Die Nachwahl fand in Rochester statt, das im Süden Englands liegt. Labour landete abgeschlagen auf dem dritten Platz. Vor wenigen Jahren war Rochester & Strood noch ein sicherer Wahlkreis der Linken.

Weil bei allen Führern der etablierten Parteien die Nerven blank liegen wegen dieses unerwarteten Aufstiegs einer vierten Partei, musste Emily Thornberry ihren Sitz als Generalstaatsanwältin im Schattenkabinett räumen. Denn sie beging die Todsünde des Snobismus, indem sie mit ihrem Twitter-Foto den Verdacht nährte, dass sie sich über den Mann im weissen Lieferwagen, der zufällig auch noch England-Fahnen an sein kleines, hässliches Reihenhäuschen hängte, lustig gemacht hat. Unsere Wähler! Und ihre Vertreter: Thornberry wohnt in Islington in London in einem Drei-Millionen-Pfund-Haus.

Entrüstet und bedrückt trat Ed Miliband, der Chef von Labour, vor die Presse und kündigte an, er habe Emily Thornberry soeben entlassen. Wenig später gab diese eine geknickte Stellungnahme ab – eine eher kleine, sympathische Frau stand verloren da, sodass sie mir richtig leidtat, umringt von einer Traube von Journalisten und Kameras, als ob sie gerade als Drahtzieherin einer der grössten Skandale der Weltgeschichte entlarvt worden wäre – und sie entschuldigte sich in aller Form. Sie habe niemanden verletzen wollen. Als sie auf



**Zeit der Scheinheiligen.** Sehr viele in England haben den Eindruck, die Politiker in Westminster seien mit dem Leben der normalen Bürger nicht mehr vertraut (im Bild: Pferderennen Royal Ascot). Foto Keystone

ihr Fahrrad stieg, um sich rasch davonzumachen, kippte dieses beinahe, weil sie von Journalisten derart bedrängt wurde. Irrsinn in Grossbritannien. Ein politischer Tod unter den Rädern eines weissen Lieferwagens.

## Die neue Elite, der neue Adel

Natürlich geht es um mehr als um eine Twitter-Nachricht. Was aus Ukip eine so unangenehme Konkurrenz für alle macht, ist die Tatsache, dass in England sehr viele Bürger den Eindruck haben, die Politiker in Westminster seien «out of touch», hätten abgehoben, seien mit dem Leben der normalen Bürger nicht mehr vertraut. Ähnliche Vorwürfe bewegen die Tea Party in den USA, ähnliche Kritik an der sogenannten Classe politique ist auch in der Schweiz, besonders in SVP-Kreisen, stark verbreitet.

Margret Kiener Nellen, die Berner Nationalrätin der SP, die frisch und fröhlich ihre Steuern optimiert, aber gleichzeitig diese Methoden bei anderen politisch verteuft, eine Sozialdemokratin, die selber zusammen mit ihrem Mann zwölf Millionen Vermögen ihr Eigen nennt, aber für die Armen kämpft: Es schmerzt. Zeit der Scheinheiligen.

Es sind diese kleinen Vorfälle, ob Kiener Nellen oder Emily Thornberry, die genügen, um politisch schwersten Schaden zu hinterlassen, da sie ein Unbehagen empirisch, wenn auch selektiv bestätigen, das viele Wähler im Westen antreibt: Unsere Volksvertreter sind keine Vertreter des Volkes mehr, sondern Angehörige einer politischen Kaste, die in einer eigenen Welt lebt. Ob links oder rechts: Man isst die gleichen exotischen Mahlzeiten und rümpft die Nase über einheimisch Wahrschaftes, man trinkt Prosecco und Burgunder, man lebt zu homogen und zu geschlossen in einem Milieu, als dass man sich noch kümmern bräuchte um die Erfahrungen der übrigen Menschheit, die einem periodisch wählen darf.

In der Schweiz ist die Lage etwas weniger gravierend, weil die Volksabstimmungen die Politiker zwingen, mehr Rücksicht auf die Sorgen des Bürgers zu nehmen. Beobachtet man aber, wie der Bundesrat – und auch viele Parlamentarier – seit Jahren gewisse Themen ignorieren, die inzwischen Mehrheiten unserer Bevölkerung verstören, so befinden sich unsere Politiker längst auf der gleichen abschüssigen Bahn, die sie immer weiter wegbringen vom Bürger und letztlich von ihren Chefs, wenn man ernst nimmt, was eigentlich ein Volks-

vertreter darstellt. Er wird delegiert vom Souverän. Überall, besonders in akademischen Kreisen, wird geklagt, wir würden von einer Schlammlawine von Volksinitiativen erdrückt. Manche denken laut darüber nach, wie man es dem Bürger erschweren könnte, die Volksrechte zu nutzen – was an sich schon ein recht mutiges und abenteuerliches Unterfangen ist in einem Land wie der Schweiz, wo über alles abgestimmt wird, über Schwimmbäder, Atomkraftwerke und die Müllabfuhr. Wer die Schweiz kennt, weiss: Nichts ist unmöglicher, als die Institutionen zu verändern. Nichts aber wirkt auch unpopulärer und schnoddriger als der Versuch, die Volksrechte zurückzubinden.

## Debatte der Illusionen

Es ist nicht nur unrealistisch, sondern schon die Analyse geht fehl: Zwar gibt es mehr Volksinitiativen als vor dreissig Jahren, doch hat es etwas Hysterisches, darin ein echtes Problem sehen zu wollen. Entwarnung ist angebracht: Nach wie vor kommen nämlich die meisten Initiativen nicht durch – und gemessen an den Kosten, die anderen Ländern entstehen, weil sie über gewisse Anliegen der Bürger, sie mögen noch so abwegiger Natur sein, nie öffentlich debattieren, diese Kosten der Verdrängung liegen unendlich viel höher, als was wir aufwenden, weil wir häufiger abstimmen müssen. Wir stimmen oft ab – und werfen fast so oft, was von Teilen des Volkes per Volksinitiative vorgeschlagen wird.

Besonders die Linke hat praktisch keine Chancen, ihre Anliegen per Volksrechte zu verwirklichen. So gut wie immer, und meistens überdeutlich, schmettert das Volk Ideen der SP, der Grünen oder der Gewerkschaften ab. Wenn es in der Wirtschaftspolitik eine sichere Bank gibt, dann ist das heute das Volk. Vor allem den Wirtschaftskreisen, die sich in jüngster Vergangenheit anstecken liessen vom eingebildeten Leiden an den Volksrechten, sollte das zu denken geben: Dass linke, oft wirtschaftsfeindliche Vorstösse im Volk durchkommen, ist neuerdings viel, viel unwahrscheinlicher, als dass sie im Bundesrat oder im Parlament auf offene Ohren stossen. Bern hat ein Problem, nicht das Land.

Zweitens: Es gibt nur einen Bereich, wo das Volk regelmässig Regierung und Parlament desavouiert. Es sind die gleichen Themen, die die Ukip oder die Tea Party befeuern: Immigration und Law & Order, Recht und Ordnung. Ob Ausschaffungsinitiative oder Verwahrung, ob Masseneinwan-

derungs-Initiative und Unverjährbarkeit von pädophilen Verbrechen: Wenn sich die Politiker in Bern fürchten müssen, dann sind es immer solche Anliegen, was offensichtlich darauf hinweist, dass die Bevölkerung hier, vor allem hier, ein Versagen der Regierenden ausmacht. Und wenn man die Bilanz unserer Immigrationspolitik, vor allem der Asylpolitik anschaut, liegt das Volk meistens richtig. Dennoch geschieht zu wenig, als dass das Misstrauen in die Regierenden abnehmen könnte. Es fehlt an Taten, es hapert aber auch am Stil, wie man auf die Sorgen der Bevölkerung eingetht.

## Im Sog der Umfragen

Am vergangenen Mittwoch wurde die neueste Umfrage des gfs.bern-Institutes von Claude Longchamp bekannt: Offenbar haben die Befürworter der Ecopop-Initiative zugelegt. Zwar gehe ich nach wie vor davon aus, dass die Initiative abgelehnt wird. Dennoch ist die Entwicklung beunruhigend. Wenn man zuschaut, wie sich der Bundesrat gar nicht oder dann verheerend arrogant mit dem Anliegen befasst, dann muss man Schlimmstes befürchten. Ich betone es gerne noch einmal: Die Ecopop-Initiative nimmt ein unbestrittenes Malaise auf – eine Zuwanderungspolitik, die ausser Rand und Band geraten zu sein scheint, doch die propagierten Lösungen der grün durchwirkten Initianten sind kontraproduktiv und unpraktikabel. Sie schaden unserem Wohlstand.

Wir können uns eine starre Zuwanderungsquote nicht leisten. Je nach den Bedürfnissen der Wirtschaft, der Universitäten und der Spitäler brauchen wir Flexibilität. Einmal mag eine geringe Zahl von Rekrutierten aus dem Ausland ausreichen, dann aber, in Zeiten der Hochkonjunktur, müssen die Behörden frei sein, mehr Zuwanderer zuzulassen. Besonders fatal wäre die Tatsache, dass alle Immigranten miteinander verrechnet werden. Weil sich gerade sehr viele Flüchtlinge im Land befinden, könnten wir gezwungen sein, die Grenzen für Nobelpreisträger und andere Talente zu schliessen. Wir brauchen Zuwanderer, wir verdanken ihnen viel – aber alles ist eine Frage des Masses.



**Proletarisch angehaucht.** Die Bünzli, die in England weisse Lieferwagen fahren, sind leider auch Wähler. Quelle @ Emily Thornberry

Daher wäre es viel, viel besser, mit irgendwelchen fantasievollen Massnahmen, wie sie auch manche EU-Länder derzeit im Geheimen erwägen, die Zuwanderung zu regulieren. Wenn die Ecopop-Initiative wider Erwarten Erfolg haben sollte, dann gibt es sieben Verantwortliche für das Desaster. Unsere sieben Bundesräte, die es seit dem 9. Februar, als die Masseneinwanderungsinitiative angenommen wurde, versäumt haben, in der Bevölkerung das nötige Vertrauen zu erwerben, dass sie in der Zuwanderungspolitik tatsächlich ein neues Kapitel aufschlagen werden, wie dies das Volk verlangt hat.

Emily Thornberry hat andere Sorgen. Aber die Ursachen ihrer Leiden sind die gleichen, die vielleicht, wenn auch hoffentlich nicht, unsere Bundesräte am Abend des 30. November plagen würden, käme die Ecopop-Initiative durch. Man ist «out of touch».  
markus.somm@baz.ch

ANZEIGE

**superba**  
Schweizer Schlafkultur

WWW.SCHWEIGERT.DE  
Anders! Besser! Erleben Sie selbst!

**Die größte Auswahl an Boxspring Betten!**  
Gut beraten, entspannt schlafen – bei uns finden Sie Ihr Boxspring Bett zum Wohlfühlen mit Schlafkomfort auf höchster Ebene.

Einrichten Schwegert KG | D-79689 Maulburg | Hauptstr. 28  
Mo. - Fr. 9.30 - 20.00 Uhr | Sa. 9.00 - 17.00 Uhr  
info@schweigert.de | +49 (0) 76 22 / 39 93-0

Mit unserem eigenen Wasserkraftwerk leisten wir einen ökologischen Beitrag